

Anlage 2**Migrationssozialarbeit**

1. Die jährliche Pauschale nach § 6 Absatz 1 Satz 1 beträgt je Erstattungsfall 777 Euro. Für die Berechnung der Erstattungsfälle sind die zum Stichtag 1. Januar des Erstattungsjahres sowie die im Laufe des Erstattungsjahres aufgenommenen Personen nach § 4 Nummer 1 bis 8 des Landesaufnahmegesetzes maßgebend.
2. Bei der Pauschale nach Nummer 1 gilt für das je Landkreis oder kreisfreie Stadt einzusetzende Personal die folgende Bemessungsgrundlage: für 80 aufgenommene Personen nach Nummer 1 Satz 2 werden die Kosten für eine Personalstelle mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeit erstattet.
3. Für die Migrationssozialarbeit nach § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 werden den Landkreisen und kreisfreien Städten landesweit
 - a) bis zum 30. September 2016 bis zu 36 Personalstellen mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeit und
 - b) ab dem 1. Oktober 2016 bis zu 54 Personalstellen mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeitin Höhe von jährlich 66 125 Euro pro Personalstelle erstattet. Die Stellen werden entsprechend dem Verteilerschlüssel nach Anlage 2 der Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung verteilt.
4. Zur Sicherung des spezifischen Beratungsbedarfs nach § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 werden den Landkreisen und kreisfreien Städten landesweit bis zu zwei Personalstellen mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeit in Höhe von jährlich 66 125 Euro pro Personalstelle erstattet.
5. Die Pauschalen nach den Nummern 1, 3 und 4 setzen sich zusammen aus den angemessenen Personalkosten auf Basis der Personaldurchschnittskosten für Tarifbeschäftigte des Landes zuzüglich 15 Prozent für beratungsrelevante Sachkosten. Die Erstattungsleistungen können unabhängig von der Aufteilung nach Satz 1 vollumfänglich für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 12 des Landesaufnahmegesetzes genutzt werden.